



Foto: Tom Peschel

MIT-Vorsitzende Gitta Connemann: „Hier bin ich komplett bei Ihnen“

Protest gegen Pläne der Ampel-Regierung – Vermieter sollen Energiekosten ihrer Mieter mittragen – BDS und BVMU: Wo bleibt das Veto der FDP?

Gitta Connemanns Wort hat Gewicht in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zeugt vor allem von Mut zur eigenen Meinung. Die gebürtige Ostfriesin ist nicht nur Bundesvorsitzende der mitgliederstarken und einflussreichen „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“, kurz MIT genannt, sondern auch ordentliches Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss von Bundesrat und Bundestag. Dieser besteht aus nur 48 Mitgliedern und stellt das Notparlament im Verteidigungsfall dar. Unter ihrer Federführung hat die MIT in der „Mittelstandsoffensive 22“ Vorschläge erarbeitet, um vor allem den selbstständigen Mittelstand zu stärken.

In einem Gedankenaustausch mit BDS/BVMU-Vorstandsmitglied Anita Schäfer und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer erläuterte Gitta Connemann die Schwerpunkte ihrer Mittelstandsinitiative, die an zentralen Stellschrauben für Rahmenbedingungen mittelständischer Betriebe ansetzt.

Gesetze auf den Prüfstand stellen

Ziel sei es, den Mittelstand sowohl steuerlich als auch bürokratisch zu entlasten. Nach Connemanns Ausführungen gehören hierzu ein sogenanntes „Belastungsmoratorium“, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen auf den Prüfstand stellt, sowie ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz, das insbesondere Schwellenwerte anheben und Aufbewahrungs- und Meldepflichten verkürzen soll.

In der Steuerpolitik stehe der Abbau der „kalten Progression“ ganz oben auf der Prioritätenliste, unterstrich Gitta Connemann. In der Großen Koalition habe man einen Mechanismus etabliert, den Einkommensteuertarif an die Inflationsrate anzupassen. Allerdings müsse man der GroKo den Vorwurf machen, diesen Automatismus nicht gesetzlich verankert zu haben, merkte Gitta Connemann überaus selbstkritisch an. Dieses Ver-



Foto: Tom Peschel

säumnis führe nun dazu, dass die Ampel diesen Automatismus nun nicht mehr anwende. Deshalb habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine entsprechende Initiative der MIT die Forderung gestellt, den seinerzeit praktizierten Automatismus wieder mit Leben zu erfüllen, beziehungsweise gesetzlich zu verankern.

Lindners Taschenspielertrick

In dem Gespräch mit den BDS/BVMU-Vertretern erneuerte die CDU-Politikerin ihre Kritik am zweiten Nachtragshaushalt der Ampelkoalition, den sie als Verfassungsbruch apostrophierte, da – so Gitta Connemann wörtlich – „...der Schuldenklaus der Ampel den Steuerzahler 60 Milliarden Euro kostet“. Ihr Vorwurf: Finanzminister Christian Lindner habe eine Umwidmung von einem Haushaltstitel zu einem anderen Haushaltstitel vorgenommen, ohne dass die entsprechenden Finanzmittel hinterlegt seien. Dies sei jedoch ein Taschenspielertrick, weil die 60 Milliarden Euro de facto eine Neuverschuldung darstellten, aber nicht als solche deklariert werden. Da dies ein klarer Verfassungsbruch sei, habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Normenkontrollklage eingereicht, begründete Gitta Connemann den Gang nach Karlsruhe.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bat Joachim Schäfer Gitta Connemann, im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Oppositions-

politikerin, sich gegen die Pläne der Ampelkoalition zu stellen, die vorsehen, künftig Vermieter an den Energiekosten ihrer Mieter zu beteiligen, obwohl der Vermieter keinen Einfluss darauf hat, wie seine Mieter den Energieverbrauch steuern. Die Ampel-Koalition wolle anscheinend durch diese Maßnahme – so Schäfer weiter – die Vermieter offenbar nötigen, energiesparende Investitionen zu tätigen. Dieses Unterfangen werde sich aber bei größeren Gebäudekomplexen kaum realisieren lassen, da hier alle Wohnungsinhaber entsprechenden Sanierungsmaßnahmen zustimmen müssten, so Schäfers Einschätzung. Da vor allem mittelständische Unternehmer ihre Altersvorsorge in Form von Immobilien geplant hätten, müsse alles darangesetzt werden, dass die Ampel-Pläne scheiterten, betonte Schäfer.

„Der Schuldenklaus der Ampel kostet den Steuerzahler 60 Milliarden Euro.“

„Sozialdemokraten und Bündnisgrüne haben anscheinend ein grundsätzliches Problem mit privaten Vermietern.“

Kein deutliches Veto der FDP

„Hier bin ich komplett bei Ihnen!“, machte Gitta Connemann ihre Haltung kurz und knapp deutlich. Allerdings gehe sie davon aus, dass die Ampel-Pläne so auch nicht umgesetzt würden, weil sie in der geplanten Form gar nicht zu realisieren seien, wie dies auch die Vermieterorganisation „Haus und Grund“ deutlich gemacht habe. Allerdings wundere sie sich, dass sich die FDP hier noch nicht deutlich zu Wort gemeldet und bei dem geschilderten Vorhaben kein Veto eingelegt hat, während Sozialdemokraten und Bündnisgrüne wohl ein grundsätzliches Problem mit privaten Vermietern hätten, so Gitta Connemanns Einschätzung. Die Leistungen der Vermieter würden diskreditiert, weil nicht gesehen werde, dass gerade die privaten Vermieter nicht nur für bezahlbaren Wohnraum sorgten, sondern auch noch neuen Wohnraum schafften. Wenn aber die private Vermietung zum Verlustgeschäft gemacht würde und es zu einem Ungleichgewicht bei der Risikoverteilung zwischen Mieter und Vermieter

käme, würde das dazu führen, dass es bald keine private Investition zur Erschaffung von weiterem Wohneigentum mehr geben werde. Deshalb sei eine Beteiligung von Vermietern an den Energiekosten ihrer Mieter abstrus, stellte Gitta Connemann klar.

Ungleichgewicht beim Risiko

Dass die Ampel die Systematik der Risikoverteilung nicht verstanden habe, zeigten nach Gitta Connemanns Worten die Überlegungen von Wirtschaftsminister Habeck. Dessen Pläne sehen vor, dem Vermieter zur Kostendeckung seitens des Staates ein zinsgünstiges Darlehen zu gewähren, wenn sein Mieter die im Preis gestiegenen Energiekosten nicht mehr bezahlen könne. Hinzu komme, dass Mieteinnahmen häufig Altersabsicherungen seien. Somit würde das Konstrukt der privaten Altersvorsorge komplett unterminiert, so die Kritik der CDU-Spitzenpolitikerin. Gitta Connemann wörtlich: „Es ist im Grunde genommen eine Absurdität, wenn der Staat heute schon erkennt, dass es Mieter geben wird, die mit der Zahlung der Energiekosten überfordert sind. In diesem Fall sollte der Staat alles daransetzen, diese Mieter zu entlasten, aber nicht die Belastung auf den Vermieter umwälzen“.

Kontraproduktive Einbaufolgen

In diesem Zusammenhang sprach BDS/BVMU-Vorstandsmitglied Anita Schäfer einen weiteren Plan der Ampel-Regierung an, nach dem Hausbesitzer ab dem Jahr 2024 nur noch Heizungen einbauen dürfen, deren Heizleistung zumindest zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien abgedeckt wird. So heißt es in einem Papier des Bauministeriums: „Erdöl- und Erdgaskessel, die bis 1996 eingebaut worden sind, dürfen generell nur noch längstens bis 2026 betrieben werden. Für die im Zeitraum von 1996 bis 2023 eingebauten Kessel wird die zulässige Be-



Foto: Tom Peschel



„Eine Wärmepumpe verbraucht bei schlecht gedeckten Häusern und kalten Außentemperaturen sehr viel Strom und heizt in solchen Fällen ineffizient.“

triebsdauer von 30 auf 20 Jahre reduziert“. Neben finanziellen Problemen, vor denen die Mittelständler bei der Realisierung der Ampel-Pläne stünden, kämen auch noch kontraproduktive Einbaufolgen hinzu, erläuterte Anita Schäfer, weil zum Beispiel eine Wärmepumpe bei schlecht gedeckten Häusern und kalten Außentemperaturen sehr viel Strom verbrauche und in solchen Fällen ineffizient heize. Hinzu kämen Lieferprobleme bei den Gasthermen und personelle Engpässe bei den zuständigen Handwerksbetrieben, konnte Anita Schäfer anhand einer durchgeführten BDS-Umfrage bei Sanitär- und Heizungsbetrieben bestätigen.

Unrealistisches Energiesparpaket

Getoppt würden diese Pläne nur noch durch einen Heizungsscheck, den Wirtschaftsminister Habeck bis spätestens zum Jahreswechsel 2023/24 abgeschlossen sehen will, ergänzte Joachim Schäfer. Habecks Energiesparpaket sieht vor, dass alle Immobilieneigentümer, die ihre Gebäude mit Erdgas heizen, ihre Anlagen mit einem sogenannten Heizungsscheck überprüfen und einen hydraulischen Abgleich vornehmen lassen sollen. Nach Schäfers Worten ist es völlig unrealistisch, in der vorgegebenen Zeit 20 Millionen Heizungen zu optimieren.

Gitta Connemann sagte zu, die Argumente der BDS/BVMU-Vertreter gewissenhaft zu prüfen

und vertiefende Informationen über die Pläne der Ampelregierung einzuholen. Für sie habe allerdings eine verantwortungsvolle Oppositionspolitik Priorität. Oppositionspolitik bedeute für sie nicht, aus reinem Spaß alles zu kritisieren, sondern zu prüfen, „was vernünftig, machbar und realisierbar ist“. Sie verstehe ihre Aufgabe als Mittelstandspolitikerin vor allem darin, auf Unmöglichkeiten hinzuweisen und Änderungsanträge einzubringen.

Belastbares Vorsorgeszenario

Konstruktive Oppositionspolitik bedeute aber auch, wenn notwendig ein klares Signal Richtung Bundesregierung zu setzen, hob Gitta Connemann hervor und kritisierte zugleich, „dass es keine Planungssicherheit mehr gibt – sowohl bei der galoppierenden Inflation als auch bei den Energielieferungen“. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe die Bundesregierung daher gebeten, ein belastbares Szenario aufzuzeigen. Zu den Vorsorgeszenarien gehörten nach ihrer Ansicht eine Verlängerung der Laufzeit bei den noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken, aber auch die Wiederinbetriebnahme der drei vom Netz genommenen Kernkraftwerke, da so eine Sicherstellung von 10 bis 12 Prozent des Strombedarfs garantiert sei. Außerdem sei aktuell die Erzeugung von Biogas auf 2,7 Millionen kW/h gedeckelt. Würde es hier zu einem Umdenken kommen, könnten die Biogasanlagen ohne Weiteres grundlastfähiges Gas erzeugen. Was die Förderung von Öl und Gas angehe, so kritisiere sie die ideologischen Denkverbote in Deutschland, unterstrich Connemann. Außerdem gelte es, bürokratische Hemmnisse zu beseitigen, um den Umbau zu erneuerbaren Energien zügiger voranzubringen. Es könne nicht angehen, dass – wie sie jetzt gehört habe – ein Betrieb in Bayern auf die Erteilung des für den Umbau eines Trafos erforderlichen Zertifikats, um die Firma mit Photovoltaik auszustatten, ein Jahr

warten müsse. Es müsse doch möglich sein, derartige Genehmigungsverfahren innerhalb von vier Wochen auf den Weg zu bringen, sprach die CDU-Frontfrau Klartext.

Arbeitgeberanteile für Rentner

Zum Abschluss des Gedankenaustausches mit Gitta Connemann bat Joachim Schäfer die MIT-Vorsitzende, mit den zuständigen Fachpolitikern ihrer Fraktion die Frage zu klären, inwieweit Unternehmer, die im Zuge des Facharbeitermangels für Mitarbeiter, die das gesetzliche Rentenalter erreicht haben, aber weiter beschäftigt werden,

Arbeitgeberanteile zur Sozial- als auch Arbeitslosenversicherung zahlen müssen, ohne dass dies dem Mitarbeiter in Form einer Rentenerhöhung oder einer Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld zugutekomme. Fakt sei – so Schäfer – dass sich in einem regulären Arbeitsverhältnis sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung positiv auf die künftige Rente des jeweiligen Beschäftigten auswirken. Dies sei bei der Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Rentenalter nicht der Fall „und damit ungerecht“, zeigte sich Schäfer überzeugt.

„Es muss möglich sein, Genehmigungsverfahren innerhalb von vier Wochen auf den Weg zu bringen.“

Prüfung des BDS/BVMU-Anliegens

Auch in diesem Fall sagte Gitta Connemann zu, das BDS/BVMU-Anliegen mit den Sozialpolitikern der Unionsfraktion zu eruiieren und den Verband über das Ergebnis der Beratungen zu informieren. Dies auch vor dem Hintergrund, dass ein Delegierter des Verbandes in der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung, in deren Widerspruchsausschuss er auch zugleich Mitglied ist, verstärkt mit Eingaben von mittelständischen Unternehmern hinsichtlich der Sozialversicherungspflicht für Rentner konfrontiert wurde. ■



Mit Gitta Connemann sprachen Anita und Joachim Schäfer

Zur Person

Seit dem Jahr 2002 ist Gitta Connemann Mitglied des Deutschen Bundestages. Als direktgewählte Abgeordnete des Wahlkreises Unterems erreichte sie zuletzt bei der Bundestagswahl 2021 bei den Erststimmen ein Ergebnis, das bei 44,4 Prozent (!) lag, während die CDU im Wahlkreis bei der Zweitstimme mit 29,9 Prozent deutlich unter Gitta Connemanns Ergebnis lag. Gitta Connemann war von Januar 2014 bis Januar 2015 Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Davor gehörte sie zwei Perioden dem Ausschuss für Arbeit und Soziales an. Von 2003 bis 2007 war sie Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Von Januar 2015 bis Dezember 2021 übte Gitta Connemann das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus und war für die Bereiche Er-

nährung, Landwirtschaft, gesundheitlicher Verbraucherschutz, Kirchen, Kunst, Kultur und Medien zuständig.

Im neuen Bundestag ist Gitta Connemann Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung sowie stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuss und im Ausschuss für Kultur und Medien. Im Dezember 2021 wurde Gitta Connemann zur Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) gewählt. Außerdem bekleidet Gitta Connemann verschiedene Ehrenämter. So ist sie nicht nur Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, sondern auch stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe. Eine weitere Herzensangelegenheit ist für sie ihre Mitgliedschaft im Kuratorium der Aktion Sühnezeichen. Als Schirmherrin unterstützt sie die Arbeit der Welthungerhilfe Arbeitsgruppe Leer. ■